

1 **Änderungsantrag Ä2 zum 37/I/2022**
2 **Jusos**
3
4
5 **komplett geänderter Antragstext:**
6 Adressat: Bundesparteitag
7 **Freiwilligendienste stärken - Mindestaufwands-**
8 **schädigung und mehr Dienststellen**
9 Bundesweit engagieren sich jährlich tausende,
10 hauptsächlich junge Menschen in Freiwilligen-
11 diensten wie dem FSJ, dem FÖJ oder dem BFD.
12 Doch ihre Interessen finden kaum Gehör. Während
13 eine Debatte über die Einführung eines Pflicht-
14 dienstes geführt wird, sehen die Haushaltspläne
15 Mittelkürzungen für die aktuell bestehenden
16 Freiwilligendienste vor.
17 Wir fordern, die Freiwilligendienste zu stärken und
18 die tatsächliche Situation der Freiwilligen zu verbessern,
19 bevor ein so schwerer Grundrechtseingriff wie
20 ein Pflichtdienst in Erwägung gezogen wird.
21 Dies beinhaltet:
22 **Mehr Freiwilligendienststellen**
23 Aktuell gibt es jährlich bei weitem mehr Bewerber*innen
24 als Plätze für einen Freiwilligendienst. Dies zeigt, dass
25 es nicht am Engagement der jungen Menschen fehlt,
26 sondern an einem zufriedenstellenden Angebot und einer
27 entsprechenden Ausstattung der Trägerorganisationen.
28 Wir fordern, dass ausreichend Freiwilligendienststellen
29 geschaffen und finanziert werden, damit jede*r,
30 der/die einen Freiwilligendienst absolvieren möchte,
31 die Möglichkeit dazu hat. Die Knappheit der Plätze und
32 die geringe finanzielle Ausstattung der Trägerorganisationen
33 führt insbesondere dazu, dass vergleichsweise immer noch
34 wenige Menschen aus bildungsferneren Schichten angesprochen
35 werden und hauptsächlich Menschen mit höheren Schulabschlüssen
36 einen Platz für einen Freiwilligendienst erhalten. Um den
37 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, braucht es also
38 zuallererst genügend Dienststellen.
39 **Für eine gerechte Mindestaufwandsentschädigung**
40 Es ist sehr undurchsichtig, was Freiwillige aktuell als
41 Aufwandsentschädigung erhalten. Fakt ist aber, dass es
42 vielfach nicht zum Leben ausreicht und die Ableistung eines
43 Freiwilligendienstes deshalb oft nur möglich ist, wenn man
44 weiterhin bei den Eltern wohnen kann oder anderweitig
45 familiäre Unterstützung hat.
46 Eine stichprobenartige Untersuchung der Aufwandsentschädigungen
47 offenbart sehr große Unterschiede je nach Träger und Bundesland
48 (z.B. 300€ - 700€). Die Unterschiede der Höhe der Aufwandsentschädigungen
49 lassen sich in erster Linie nicht durch die unterschiedlichen Mittel,
50 die den Trägern zur Verfügung stehen, den Unterschieden in den
51 Tätigkeitsfeldern oder den Unterschieden bei den Lebenshaltungskosten
52 in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands erklären. Deshalb
53 muss die Aufwandsentschädigung bundesweit fairer und einheitlicher
54 gestaltet werden.

Annahme (Konsens)

62 Darum und insbesondere auch vor dem Hinter-
63 grund der steigenden Lebenshaltungskosten, muss
64 der Gesetzgeber aktiv werden und eine angemessene
65 Mindestaufwandsentschädigung im Jugendfreiwilligendienstgesetz (JFDG) und im Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) festlegen. Diese könnte sich an der Mindestausbildungsvergütung orientieren.

70 Außerdem fordern wir, dass Freiwillige vom Rundfunkbeitrag befreit werden.

72 Ziel sollte es in jedem Fall sein, allen jungen Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen, egal wie deren finanzielle Situation aussieht und ob diese von ihren Familien unterstützt werden oder nicht. Die bisherigen Aufwandsentschädigungen reichen bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten für viele junge Menschen nicht aus.

79 Bei Freiwilligendiensten im Ausland sollen die entsprechenden Taschengelder bzw. Aufwandsentschädigungen abhängig von den entsprechenden Aufenthaltsländern festgesetzt werden.

83 **Freie Fahrt für Freiwillige: Freiwillige brauchen ein bezahlbares Ticket**

85 Aktuell müssen Freiwillige einen Großteil ihres Taschengeldes in Fahrtkosten investieren.

87 Unabhängig von der Frage, ob es eine Nachfolge für das 9-€ Ticket geben wird, fordern wir, dass die Trägerorganisationen durch Bund und Land so ausgestattet werden, dass sie die Fahrtkosten, die den Freiwilligen durch ihre Fahrt zur Dienststelle entstehen, übernehmen.

93 **Unsere Forderungen im Überblick**

- 94 • Die Schaffung von mehr Freiwilligendienststellen, damit jede*r, der/die einen Freiwilligendienst absolvieren möchte, einen Platz bekommen kann
- 98 • Eine faire und bundeseinheitliche Mindestaufwandsentschädigung für Freiwilligendienstleistende
- 101 • Eine Befreiung der Freiwilligendienstleistenden von der Pflicht, die Rundfunkbeiträge zu zahlen
- 104 • Eine bessere finanzielle Ausstattung der Trägerorganisationen, sodass sie auch die Fahrtkosten zur Dienststelle übernehmen können